

EINFÜHRUNG

DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS

Mit dem verstärkten Rückzug des nur kurzfristig gewährten ausländischen Kapitals aus der deutschen Wirtschaft seit Herbst 1930 geriet das Wirtschaftssystem der Weimarer Republik, das durch Inflation, Währungszusammenbruch und Reparationsverpflichtungen vorbelastet war, zunehmend unter Druck. Bereits unter dem SPD-Reichskanzler Hermann Müller (Mai 1928 bis März 1930) hatte sich 1928/29 die drohende Finanz- und Haushaltskrise abgezeichnet: Die Weiterentwicklung des Sozialproduktes stockte, industrielle Investitionen sanken ebenso wie die Steuereinnahmen, während die Arbeitslosenzahl anstieg.

Die nachfolgende Regierung unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning (März 1930 bis Mai 1932) fand zunächst die Unterstützung von Großagrariern und Industriellen, u.a. weil zum einen die Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse heraufgesetzt, zum anderen Sozialleistungen abgebaut werden sollten. Da die parlamentarische Mehrheit zur Durchsetzung des Wirtschaftsprogramms fehlte, wandte Brüning Artikel 48 der Weimarer Verfassung an, um mit Hilfe von Notverordnungen sein wirtschaftliches Programm durchzusetzen. Mit seiner ‚restriktiven Finanzpolitik‘ wollte Brüning die Staatsausgaben verringern und Inflationstendenzen entgegenwirken. In erster Linie beabsichtigte er aber, das Deutsche Reich von den Reparationszahlungen zu entlasten¹.

Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich bedrohlich, von über drei Millionen im Winter 1929/30 auf über sechs Millionen im Winter 1931/32. Im Jahr 1932 sank diese Zahl nie unter fünf Millionen und steigerte sich nochmals im Winter 1932/33 auf fast sechs Millionen². Bereits unter Brüning waren erste Maßnahmen für ein – allerdings geringfügiges – Arbeitsbeschaffungsprogramm (Straßen- und Wasserstraßenbau sowie landwirtschaftliche Meliorationen) getroffen worden³.

Brünings Nachfolger als Reichskanzler, Franz von Papen (Mai 1932 bis Dezember 1932) und Kurt von Schleicher (Dezember 1932 bis Januar 1933), übernahmen diese Arbeitsbeschaffungspläne und erhöhten die dafür erforderlichen Mittel. Die Einführung von Steuergutscheinen, ein Mittel indirekter staatlicher Kreditschöpfung, sollte die volkswirtschaftliche Nachfrage steigern. Eine Entlastung des Staatshaushaltes

1 Petzina, *Wirtschaft*, S. 96–98 und 101–105; Hentschel, *Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik*, S. 54–56.

2 Erdmann, *Weimarer Republik*, S. 237, 274, 285 und 293; Hillgruber, *Auflösung*, S. 203.

3 Boelcke, *Wirtschaft*, S. 22.

brachte darüber hinaus die Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932, die die Reparationszahlungen des Deutschen Reiches aussetzte⁴.

Die Wirtschaftskrise wirkte sich seit August 1929 auch deutlich auf die Automobilindustrie aus. Ausländische Kredite fielen aus, der private und öffentliche Automobilkauf ging zurück. Der Geschäftsbericht der Daimler-Benz AG für das Jahr 1931 bezeichnet die Konjunkturlage in der Automobilbranche als kritisch und weist auf den scharfen Wettbewerb hin. Der Verkauf von Kraftfahrzeugen sank Anfang der dreißiger Jahre stark, die Belegschaft des Unternehmens mußte von 14.281 Personen im Jahre 1928 auf 8.850 Ende 1932 reduziert werden. Für Daimler-Benz war 1932 „ein Jahr des Tiefstandes in der Erzeugung und im Absatz von Personen- und Lastwagen“, denn „im Jahre 1932 stand die gesamte Automobilindustrie unter dem zermürbenden Druck der sich zuspitzenden Krisis und Wirtschaftsnot, verstärkt durch eine Politik, welche die Bedeutung des Kraftfahrzeuges verkannte“. Der Gesamtverlust des Unternehmens betrug 1932 13 Millionen RM⁵.

Die Entwicklung bei den Bayerischen Motorenwerken verlief ähnlich. Obwohl sie durch das Motorradgeschäft und den ‚Dixi‘, der zu den fünf billigsten Autos in Deutschland zählte, nicht so große Einbußen hinnehmen mußten wie die Stuttgarter Konkurrenz, sank der Umsatz Anfang der dreißiger Jahre auf den Stand von 1927. Entlassungen bzw. Lohnkürzungen waren die Folgen. Auch die Flugmotorenproduktion ging zurück. Generaldirektor Franz-Josef Popp erzählte später: „Die Weltwirtschaftskrise erreichte bald ihren Höhepunkt, die Jahresproduktion der deutschen Autoindustrie sank auf etwa 400.000 Stück, und daher kamen Stilllegungen, Sanierungen und Konkurse auf die Tagesordnung. Wer war der nächste in diesem Zusammenbruch?“⁶

Ende 1932 waren aber bereits Ansätze einer Wiederbelebung des Personenwagengeschäfts erkennbar. Daimler-Benz baute erstmals Schwingachsen in Personenwagen ein und konnte durch diese Qualitätsverbesserung den Absatz erhöhen⁷. Bei Adolf Hitlers ‚Machtübernahme‘ am 30. Januar 1933 war der wirtschaftliche Tiefpunkt bereits überwunden. Der Trend der Wirtschaftsentwicklung wies weltweit nach oben. Darüber hinaus konnte Hitler auf die wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten Weimarer Regierungen zurückgreifen, so auf das Steuergutscheinsystem zur Kreditschöpfung und die Arbeitsbeschaffungsprogramme. Letztere wurden durch den Reinhardt-Plan vom 1. Juni 1933 ergänzt und durch steuerliche Anreize für die Privatwirtschaft aufgewertet. Ziel dieses Programms, das nur zivile Projekte förderte, war, etwa eine Million Arbeitslose wieder zu beschäftigen.

Darüber hinaus wurde die kommerzielle Bautätigkeit unterstützt, wurden Ehestandsdarlehen gewährt, Arbeitslose in der Landwirtschaft gegen geringe Bezahlung

4 Ebenda, S. 24–27; Erdmann, Weimarer Republik, S. 302; Hentschel, Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 57.

5 Werk Untertürkheim, S. 71f.; GB 1932/33, S. 4f. und 12.

6 Mönnich, Schallmayer, S. 152, 154 und 157 (Zitat).

beschäftigt und Schutzmaßnahmen für Landwirtschaft und Außenhandel ergriffen. Das ‚zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit‘ vom 21. September 1933 förderte durch Steuersenkung und staatliche Beihilfen den privaten Wohnungsbau und die Landwirtschaft. Zusätzlich gab es Sonderprogramme für die Reichsbahn und die Reichspost.

Geldmittel in Höhe von mehr als einer Milliarde RM wurden für Straßen-, Reichsautobahn-, Flugplatz-, Kasernenbau und landwirtschaftliche Meliorationen zur Verfügung gestellt. Da diese Maßnahmen vor allem der Beschaffung von Arbeitsplätzen dienen sollten, durften Maschinen nur herangezogen werden, wenn ihr Einsatz unumgänglich war⁸.

Den Umfang dieser staatlichen Eingriffe, die unter den Weimarer Regierungen wenig Erfolg gezeigt hatten, steigerte Hitler beträchtlich. Für die gesteigerte Kreditschöpfung war er auf Unterstützung und Absicherung angewiesen. Am 17. März 1933 trat Hjalmar Schacht als Reichsbankpräsident – er hatte dieses Amt bereits von 1923 bis 1930 inne – die Nachfolge Hans Luthers an, dessen zurückhaltende Einstellung zur Kreditgewährung Hitlers Pläne behinderte. Schacht dagegen hatte einerseits Hitlers Vertrauen gewonnen und diente ihm bereits vor 1933 als Vermittler zu Großindustrie und Banken. Andererseits genoß Schacht in der Öffentlichkeit hohes Ansehen, was der Vertretung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nach außen dienlich war. An die Spitze der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums (1934) sollte, so Hitler, ein „beweglicher Mann“ kommen, d.h. jemand, der die Kreditschöpfungspläne der Nationalsozialisten unterstützte⁹.

Noch bevor die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik Erfolge zeigen konnte, ging die Zahl der Arbeitslosen bereits um mehr als eine Million Personen zurück (31.1.1933 = 6.013.613 Personen, 30.6.1933 = 4.856.942 Personen)¹⁰.

Die betriebliche Mitbestimmung erlitt einen schweren Schlag durch die Ausschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) am 10. Mai 1933. Durch den Einsatz der ‚Treuhand der Arbeit‘ am 19. Mai 1933 lag die Tarifautonomie ausschließlich in staatlicher Hand. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verloren ihr Mitspracherecht bei den Tarifentscheidungen, Einzelarbeitsverträge und Betriebsordnungen gewannen an Bedeutung. Vom Staat wurden zunächst Mindestlöhne festgesetzt, um ein weiteres Unterschreiten der bisher ausgezahlten Löhne zu vermeiden. Die Überwachung der staatlichen Lohnstopps oblag auch den ‚Treuändern der Arbeit‘.

Das ‚Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit‘ vom 20. Januar 1934 brachte die völlige Auflösung bestehender Mitspracherechte der Arbeitnehmer: Verlust des

7 Werk Untertürkheim, S. 71.

8 Petzina, Wirtschaft, S. 108f. und 112f.; Boelcke, Wirtschaft, S. 29; Erdmann, Deutschland, S. 131f.

9 Erdmann, Deutschland, S. 132f.; Petzina, Wirtschaft, S. 109f.; Turner, Großunternehmer, S. 175f. und 292f.

10 Erdmann, Deutschland, S. 132; Tormin, Machtergreifung, S. 37.

Streik- und Versammlungsrechts und die endgültige Aufhebung der Tarifhoheit und der betrieblichen Mitbestimmung. Der Betriebsrat wurde durch den ‚Vertrauensrat‘, ein im wesentlichen rechtloses Gremium ersetzt. Er durfte lediglich beraten und war dem ‚Betriebsführer‘, der der ‚Gefolgschaft‘ vorstand, als letzte Entscheidungsinstanz unterstellt¹¹.

Innerhalb der Partei herrschten auch nach der Machtübernahme nur vage Vorstellungen über ein spezifisches Wirtschaftsprogramm. Parteirichtlinie war, das Regime zu festigen und die Aufrüstung in Gang zu setzen. Zurückhaltung war zunächst angebracht, um einen Handlungsspielraum für die verschiedenen Interessengruppen innerhalb des Reiches offen zu halten. Hitler selbst äußerte sich lediglich zur Arbeitsbeschaffung und zur Entlastung der Landwirtschaft. Darüber hinaus hielt er die private Bauwirtschaft und den Straßenbau für besonders förderungswürdig. Anlässlich der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin im Februar 1933 kündigte er eine umfassende Motorisierung Deutschlands an. Einige Initiativen der nationalsozialistischen Machthaber zur Förderung der deutschen Automobilwirtschaft waren z.B. die Fahrzeugsteuerbefreiung für die Käufer von Neuwagen seit dem 1. April 1933 und die Senkung der Fahrzeugversicherungsprämien¹².

Hitler selbst führte Mitte 1933 den ersten Spatenstich zum Bau der neuen Reichsautobahn Frankfurt/Main - Darmstadt aus. Doch entstammte auch der Autobahnbau nicht Hitlers Überlegungen, sondern ging auf Initiativen der letzten Weimarer Regierungen zurück. Bereits im Jahr 1932 war die Autobahn Köln – Bonn dem Verkehr übergeben worden¹³.

Seit 1934 wurden der Devisenverkehr streng kontrolliert und bilaterale Handelsverträge abgeschlossen. Staatliche Stellen legten Dumpingpreise für Exportgüter fest, um die Ausfuhr zu steigern und dadurch Devisen für dringend benötigte Rohstoffe zu erhalten. Besondere Steigerungsraten waren bei der Investitions- und Produktionsgüterindustrie zu verzeichnen, da Anreize durch steigendes Unternehmereinkommen und staatlich verordnete Lohnstopps geboten wurden.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, zwischen 1933 und 1936, konnten sich Großindustrie und Banken noch eine relativ große Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bewahren. Den Unternehmen gelang es zumindest bis zum Vierjahresplan 1936, staatliche Eingriffe weitgehend abzuwehren. Diese Aussage trifft auch für die Automobilindustrie, insbesondere für den Produktionsbereich, zu. In der Festlegung der Kraftfahrzeugtypen war die Daimler-Benz AG sogar bis 1938/39 relativ autonom¹⁴.

11 Gladen, Geschichte, S. 106–108; Prinz, Sozialpolitik, S. 224–226.

12 Ludwig, Strukturmerkmale, S. 50–52; Petzina, Wirtschaft S. 110f.; Henschel, Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 59; vgl. zum Thema Motorisierung Kapitel 2.1.

13 Petzina, Wirtschaft, S. 112; Tormin, Machtergreifung, S. 37; Broszat, Staat Hitlers, S. 328f.; Hildebrand, Drittes Reich, S. 11f.

14 Petzina, Wirtschaft, S. 113f.; Erdmann, Deutschland, S. 137 und 141f.; Hildebrand, Drittes Reich, S. 11f., 47 und 156–158.

Ab 1936 nahm der staatliche Einfluß zu; die Wirtschaftspolitik wurde zunehmend von den Zielen Autarkie und Wiederaufrüstung bestimmt. Deutlich wird das z.B. am Anteil der Wehrmachtsausgaben an den öffentlichen Ausgaben, die von 4 % 1933, über 18 % 1934, 39 % 1936 auf 50 % 1938 anstiegen. Zur Durchsetzung dieser Ziele griff der Staat verstärkt in die Wirtschaft ein, nicht zuletzt um die Rohstoffverteilung zugunsten der Rüstungsindustrie zu lenken und den Privatverbrauch zu beschränken. Nicht der allmählich steigende Privatbedarf bestimmte die Produktion, sondern der Staatsbedarf. Finanziert wurde die Aufrüstung durch zunehmende staatliche Kredit-schöpfung, z.B. durch die von Schacht 1933 eingeführten Mefo-Wechsel. Als der Reichswirtschaftsminister die Gefahren dieser Kreditwirtschaft erkannte und sie zu begrenzen versuchte, verlor er Hitlers Gunst und mußte seine Ämter zugunsten von Walther Funk zur Verfügung stellen¹⁵.

Der Vierjahresplan vom August 1936 griff unmittelbar in die Wirtschaft ein und beendete die relative Unabhängigkeit, ohne daß Industrie und Banken dagegen protestierten. Petzina beschreibt den Plan als „ein auf Teilbereiche der Industrie konzentriertes wehrwirtschaftliches Autarkieprogramm, zum anderen ein in sich widersprüchliches Bündel von Programmen und Maßnahmen, die in alle Bereiche der Wirtschaft eingegriffen haben, in die Preispolitik ebenso sehr wie in die Arbeitskräfte- und Rohstofflenkung und in die Agrarpolitik“¹⁶. Außen- und Binnenhandel wurden strikt kontrolliert und, falls es sich um rüstungswichtige Erzeugnisse handelte, eingeschränkt, die heimische Grundstoffindustrie, z.B. die Förderung von Kohle und Eisenerz ausgebaut, selbst wenn sie nicht gewinnbringend war. Die Investitionen in die Ersatzstoffindustrie, z.B. in die Produktion von Buna und synthetischen Treibstoff, und die Förderung der Landwirtschaft hatten zum Ziel, die Autarkie des nationalsozialistischen Staates zu sichern. Konsum- und Exportgüterproduktion wurden zugunsten der Rüstungsindustrie zurückgestellt. Die Organisation dieser vielfältigen Maßnahmen lag bei Hermann Göring, dem ‚Beauftragten für den Vierjahresplan‘.

Die Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 1942 läßt sich in drei Phasen einteilen, die auf dem Vierjahresplan basieren:

1. Vom Herbst 1936 bis zum Sommer 1938 wurde die Roh- und Grundstoffindustrie in möglichst breitem Ausmaße gefördert.
2. Vom Sommer 1938 bis August 1939 wurden schwerpunktmäßig Entwicklung und Produktion kriegswichtiger Ersatzstoffe und Metalle gesteigert.
3. Vom Kriegsausbruch bis Frühjahr 1942 war die Rüstungsproduktion breitgefächert auf den ‚Blitzkrieg‘ ausgerichtet.

War die Industrieproduktion vorrangig auf die Rüstungsproduktion abgestimmt, so sollte, auf ausdrücklichen Wunsch Hitlers, der zivile Konsum nicht übermäßig ein-

15 Petzina, Wirtschaft, S. 117f.; Erdmann, Deutschland, S. 134f.; Hildebrand, Drittes Reich, S. 12.

16 Petzina, Wirtschaft, S. 137.

geschränkt werden. Erst kurz vor Kriegsausbruch, am 27. August 1939, wurden – allerdings nur geringfügige – erste Maßnahmen zur Rationierung von Konsumgütern getroffen. Hitler wollte durch eine solche unpopuläre Maßnahme sein Ansehen nicht gefährden. Außerdem ging damals Hitler noch von der ‚Blitzkriegsstrategie‘ aus, weshalb ihm eine Umstellung auf eine totale Kriegswirtschaft nicht notwendig erschien. Die Kontrolle des Geld- und Kapitalmarktes unterlag zunehmend staatlicher Aufsicht, um die Rüstungsfinanzierung zu sichern und zu lenken. Neben der durch den Vierjahresplan kontrollierten Rohstoffverteilung fand eine staatliche Investitionslenkung statt, d.h. alle größeren Investitionen mußten seit Ende 1936 genehmigt werden¹⁷.

Aktiengesellschaften durften maximal 6 % Dividende ausschütten. Die Einführung eines neuen Gesellschaftsrechtes stattete den Vorstand gegenüber dem Aufsichtsrat mit weitreichenden Vollmachten aus. Die Aktiengesellschaften wurden durch die Nationalsozialisten gefördert, „erwies [die AG] sich als eine Unternehmensform, die für den durch Rüstung verstärkten Kumulationsprozeß der Wirtschaft unentbehrlich war“¹⁸.

Neben staatlichen Restriktionen traten Subventionen sowie Absatz- und Gewinngarantien für die Unternehmen. Pflichtgemeinschaften und Staatsunternehmen (z.B. die Reichswerke Hermann Göring) sollten zur Produktionssteigerung beitragen.

Das Wirtschaftssystem während des Nationalsozialismus ist nicht eindeutig zu charakterisieren und ambivalent: Die Autonomie der Wirtschaft wurde einerseits durch staatliche Eingriffe eingeschränkt, dennoch kann man das Wirtschaftssystem nicht ohne Einschränkung als ‚staatliche Planwirtschaft‘ bezeichnen. Andererseits ist auch die Charakterisierung als ‚liberale Marktwirtschaft‘ nicht zutreffend, wies doch das nationalsozialistische Programm „sowohl vorliberale, merkantilistische wie spätkapitalistische, monopolistische Merkmale auf“¹⁹. Nach Hildebrand waren „die Übergänge zwischen staatlicher Lenkung und privater Initiative, zwischen Regime und Wirtschaft (. . .) im Zeichen der von Hitler verordneten Rüstungsproduktion fließend (. . .). Die politische ‚Gleichschaltung‘ der mächtigen Repräsentanten der Wirtschaft wurde nunmehr vollzogen, während ihre ökonomische Privilegierung vorläufig noch fortbestand“²⁰.

Dennoch ist seit 1937 erkennbar, daß die Industrie dem Führungsanspruch von Staat und Partei untergeordnet wurde und daß sie sich auf Kriegsproduktion einstellte. Auch die Unternehmen, die dank ihrer Produktpalette am Aufschwung direkt und überproportional beteiligt waren, mußten mit ihren Erzeugnissen immer mehr Zugeständnisse an die nationalsozialistischen Machthaber machen. Aber auch hier waren

17 Hildebrand, Drittes Reich, S. 47–49 und 54–56; Erdmann, Deutschland, S. 139; Petzina, Wirtschaft, S. 124f., 132 und 135.

18 Erdmann, Deutschland, S. 143.

19 Petzina, Wirtschaft, S. 136 und 140 (Zitat); Hildebrand, Drittes Reich, S. 47f.

20 Hildebrand, Drittes Reich, S. 48.

noch Freizügigkeiten möglich, zumal sich die militärischen, parteiamtlichen und zivilen Behörden zunehmend in ‚Kompetenzrängeleien‘ verstrickten, was die Unternehmen wiederum zu nutzen wußten²¹.

Bis 1936 lagen die Wochenlöhne unter dem Stand von 1928. Lohnerhöhungen entstanden lediglich durch längere Arbeitszeiten und zunehmende betriebliche Sozialleistungen. Die Kaufkraft war gering, obwohl sich der Lebensstandard allmählich verbesserte. Mit Erreichung der Vollbeschäftigung etwa im Jahre 1937 verstärkte sich der Facharbeitermangel. Hinzu kam die Einberufung von Fachkräften zum Wehrdienst und für militärische Bauvorhaben, wie z.B. den Westwallbau. Der Facharbeitermangel wurde fortan zu einem Hauptproblem der Industriebetriebe. Die Automobilindustrie versuchte, auf den entstandenen ‚grauen Markt‘ mit Lohnerhöhungen durch übertarifliche Bezahlung zu reagieren und dadurch Facharbeiter an sich zu binden. Prinzipiell blieben die Löhne und Gehälter aber weiterhin eingefroren, während die Lebenshaltungskosten stiegen²².

Bei Kriegsausbruch war die Industrie zwar strukturell auf eine Rüstungsproduktion eingestellt, aber einer ‚gut geölten Militärmaschine‘ nicht vergleichbar. Bis 1942 wurde an der sogenannten ‚Blitzkriegsstrategie‘ festgehalten. Nicht die ‚Tiefenrüstung‘ für einen Abnutzungs- und Materialschlachtkrieg stand im Vordergrund der Pläne, sondern die ‚Breitenrüstung‘²³.

Der relativ gesicherte Privatkonsum blieb zunächst auch nach Kriegsbeginn erhalten. Die Beschäftigung von Frauen war 1939 kaum verbreitet, da sie mit dem nationalsozialistischen Frauenleitbild von der Frau als Mutter nicht vertretbar war. Durch rigorose Beschränkung des privaten Verbrauchs und sofortige Steigerung der Frauenarbeit wäre die Kriegsproduktion unmittelbar forcierbar gewesen. Aber bis 1942 behielten die Nationalsozialisten ihre ‚friedensähnliche Kriegswirtschaft‘ bei. Erst dann wurde die deutsche Industrieproduktion auf die Kriegsbedingungen umgestellt.

Nach dem Scheitern des Blitzkrieges 1942 und dem nun notwendig werdenden Abnutzungs- und Materialkrieg änderte sich unter Albert Speer das Wirtschaftskonzept. ‚Hitlers Architekt und Baubeauftragter‘ trat die Nachfolge des am 8. Februar 1942 bei einem Flugzeugabsturz getöteten Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt, an und setzte die bereits unter Todt begonnenen Maßnahmen fort. Speer rationalisierte die Rüstungsproduktion und steigerte sie beträchtlich. Fehlende Arbeitskräfte stellte seit März 1942 der ‚Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz‘, Fritz Sauckel, zur Verfügung. Er organisierte den Einsatz zwangsdeportierter Fremdarbeiter, die SS war für den Einsatz von Konzentrationslagerhäftlingen in deutschen Industrieunternehmen verantwortlich.

21 Erdmann, Deutschland, S. 144; Petzina, Wirtschaft, S. 141.

22 Erdmann, Deutschland, S. 146f.; Petzina, Wirtschaft, S. 144f. und 147; Hildebrand, Drittes Reich, S. 51; Hentschel, Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, S. 59f. und 66f.

23 Blaich, Wirtschaft und Rüstung, S. 285; Hildebrand, Drittes Reich, S. 50; Petzina, Wirtschaft, S. 151f.

Trotz mangelnder Rohstoffe, zunehmenden Kompetenzenwirrwarrs und alliierter Luftangriffe gelang es Speer, Produktionshöchstleistungen im Sommer und Herbst 1944 aus der Industrie herauszupressen. Er bildete für die einzelnen rüstungswichtigen Industriezweige Ausschüsse, in denen sowohl Vertreter des Militärs und der Industrie als auch Behördenvertreter saßen. Die Gesamtleitung oblag dem Ausschuß für ‚Zentrale Planung‘.

Eine totale Kriegswirtschaft erreichte aber auch Albert Speer nicht. Die Weigerung Sauckels, verstärkt deutsche Frauen in den Fabriken einzusetzen – der Anteil der industriellen Frauenbeschäftigung in Deutschland lag auch 1944 unter dem vergleichbaren Anteil in England – und der zunehmende Rohstoffmangel trugen dazu bei.

Die Kriegsführung wurde vorrangig durch Steuergutscheine, Reichsschatzwechsel und Schatzanweisungen finanziert, langfristige Kreditnahme erfolgte auch auf private Sparkassen-, Versicherungs- und Bankguthaben. Mit Kriegsende war der Staat bankrott. Die Reichsschulden beliefen sich auf 380 bis 400 Milliarden RM²⁴.

24 Blaich, *Wirtschaft und Rüstung*, S. 286; Petzina, *Wirtschaft*, S. 151–155; Erdmann, *Zweiter Weltkrieg*, S. 123–126 und 128f.; Hildebrand, *Drittes Reich*, S. 76; Hentschel, *Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik*, S. 69f.